Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gasstraße 13 Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe — **76. Jahrgang**

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Vorzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Vorzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — **Donnerstag, den 15. Dezember 1927** — **Nummer 1293**

Die Senkung der Lohnsteuer in der Ausschußberatung.

vdz **Berlin** 14. Dez. **(Tel.)** Der Steuerausschuß des Reichstages beriet heute die Novelle zum Einkommensteuergesetz betreffend Senkung der Lohnsteuer weiter. Abg. Neubauer (Komm.) begründete einen Eventualantrag seiner Partei, der das Existenzminimum auf 1920 Mark festsetzen will. Gesenkt werden müsse die Steuer mit Rücksicht auf die fortschreitende Entwertung des Geldes. — Damit schließt die allgemeine Aussprache. Abg. Brüning (Ztr.) erklärte, daß seine Partei heute noch nicht durch Abstimmung endgültig sich entscheiden könne. Auf Anfrage erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, unter allen Umständen wünsche die Reichsregierung die Senkung der Lohnsteuer vor dem 31. Dezember 1927 Wenn man das erreichen wolle, so müsse praktische Arbeit geleistet werden. Die vielen Anregungen, die von den verschiedenen Parteien bis jetzt gegeben worden seien, schienen ihm nicht die Mehrheit zu finden. Deshalb werde wohl die Regierungsvorlage die geeignete Grundlage bilden. Die Regierung halte daran fest, daß die Lohnsteuer 1300 Millionen bringen müsse. Das bedinge einmal die Erfordernisse der Länder und Gemeinden. Außerdem rechtfertige das die Entstehungsgeschichte der Lex Brüning und entspreche den Verhältnissen, die seitdem eingetreten seien, insbesondere durch die Steigerung der Gehälter und Löhne und die bevorstehende Verabschiedung der Besoldungsordnung. Es müsse auch erstrebt werden, daß der Reichsrat keinen Einspruch einlege, damit das Gesetz auch tatsächlich am 1. Januar 1928 in Kraft treten könne. Noch komplizierter würde die Situation durch die verschiedenen Anträge mehrerer Parteien, die nicht direkt mit der Lohnsteuer zusammenhängen, z. B. die Anträge auf Änderung des Tarifes, auf Einführung der Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt und auf Aufhebung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag bei den festverzinslichen Wertpapieren. Jedenfalls seien das alles schwerwiegende Fragen, die eine eingehende Erörterung nötig machten. Das könne aber nach Weihnachten geschehen. Die gegenwärtigen Verhandlungen dürften jedenfalls mit diesem Problem nicht belastet werden, wenn man schnell zu einem allerseits erstrebten Ziel kommen wolle, die Lohnsteuer zu verabschieden. Preußischer Ministerialdirektor Dr. Hog nahm die Länder gegen die Vorwürfe in Schutz, daß sie leichtsinnig mit ihren Steuergeldern umgingen und deshalb gegen eine Senkung der Lohnsteuer aufträten. Preußen sei nicht in der Lage, die Kosten der Besoldungsordnung aufzubringen, wenn die Lex Brüning in ihrem bisherigen Wortlaut aufrechterhalten bliebe. Abg. Fischer-Köln (Dem.) setzte auseinander, daß man die Frage, ob Länder und Gemeinden noch leben können, nicht immer mit einzelnen Steuerfragen des Reiches verknüpfen dürfe. Die Frage zu beantworten, sei Sache des Finanzausgleichs. Abg. Reinath (DVP.) wies darauf hin, daß die Anträge, die er gestellt habe, die Anwendung des dreijährigen Durchschnitts, die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag bei den festverzinslichen Wertpapieren doch schon vor Monaten gestellt seien und daß sie nicht abgelehnt, sondern nur verschoben worden seien. Abg. Brüning (Ztr.) stellte aus der Erklärung des preußischen Vertreters fest, daß seine Prophezeiung eingetreten sei, daß die Länder die Erhöhung der Lohnsteuer auf 1300 Millionen dazu benutzen wollen, um die Kosten der Besoldungsvorlage mit zu decken. — Die Weiterberatung wird auf Donnerstag vertagt.

Preußischer Staatsrat.

Die Teilreform der Gemeindeordnung. — Keine Einwendungen gegen die Besoldungsordnung.

vdz **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Im Preußischen Staatsrat stand zunächst zur Erledigung die Beschlußfassung über einen eventuellen Einspruch gegen das neue Gesetz über die Regelung des Gemeindeverfassungsrechtes. Der Berichterstatter von Bredow hob hervor, daß im Ausschuß gegen die Beseitigung der Gutsbezirke Bedenken zum Ausdruck gebracht worden seien, besonders vom Landgemeindeverband; die Mehrheit habe sich aber dafür entschieden, Einspruch nicht zu erheben. Freiherr von Gayl sprach im Namen der Arbeitsgemeinschaft für den Einspruch. Die Aufhebung der Gutsbezirke zeuge von großer Unkenntnis. (Widerspruch links). Ein solches Gesetz hätte im Rahmen der großen allgemeinen Reform erlassen werden müssen. (Zuruf links: Das wurde ja verhindert!) Man hätte den Gemeinden ein Einspruchsrecht in geordnetem Wege geben müssen. Deshalb solle der Landtag das Gesetz noch einmal überprüfen. Bürgermeister Beims gibt namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab: Meine Partei erblickt in der endgültigen Beseitigung der Gutsbezirke eine begrüßenswerte Tat, weil sie mit einem Recht längst überlebter junkerlich-feudaler Vorrechte aufräumt und damit die Segnungen der Selbstverwaltung auch jenen preußischen Staatsbürgern gibt, die bisher der Willkür der Gutsherren in allen kommunalen Dingen ausgeliefert waren. Oberbürgermeister Böß begrüßte das im Landtag beschlossene Gesetz und erklärte sich gegen die Einlegung des Einspruchs. Von der Arbeitsgemeinschaft wird namentliche Abstimmung beantragt. Die Arbeitsgemeinschaft stimmt geschlossen gegen den Ausschußantrag, die namentliche Abstimmung ergab seine Annahme mit 43:29 Stimmen. Gegen das neue Gemeindeverfassungsgesetz wurde also vom Staatsrat, wie bereits gemeldet, Einspruch nicht eingelegt.

Der Staatsrat beriet sodann über die Frage, ob gegen die vom Landtag beschlossene Besoldungsordnung Einspruch eingelegt werden soll. In weiterer Aussprache wurde der Ausschußantrag, Einwendungen nicht zu erheben, angenommen. Der Staatsrat setzte sodann die Beratung über die Notverordnung über einen Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohlen und Erdöl fort. Der Ausschußbeschluß, die Notverordnung für unzulässig zu erklären und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu verlangen, wurde angenommen; desgleichen die Vorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau.

Die nächste Sitzung soll am 24. Januar 1928 stattfinden.

Änderung des Tabaksteuergesetzes.

vdz **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung am Mittwoch mit einem von Reichsfinanzminister zur Begutachtung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes. Darnach soll die im § 12 des Tabaksteuergesetzes vorgesehene Frist von höchstens 3 Monaten 18 Tagen für die Zahlung des Steuerwertes entnommener Tabaksteuerzeichen bei Zigaretten auf rund 2 Monate verkürzt werden. Die Zahlungsfrist soll nur jedoch allmählich und zwar von Monat zu Monat um je zwei Tage verkürzt werden. Der Finanzminister soll ferner ermächtigt werden, in der Zeit bis 31. Dezember 1929 zur Abwendung einer Gefährdung des Gesamtsteueraufkommens die Abgabe von Tabaksteuerzeichen für Zigaretten einzelnen Betrieben gegenüber von Bedingungen abhängig zu machen. Nach einer allgemeinen Aussprache über den Gesetzentwurf wurde zur weiteren Behandlung der Vorlage ein zwölfgliedriger Arbeitsausschuß gebildet.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

+ **Berlin**, 14. Dez. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Montag einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen Genfer Abkommen, internationales Seewesen und Auswanderungsfragen.

Annahme der Besoldungsvorlage im Reichstage.

333 gegen 53 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen.

s **Berlin**, 14. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der Reichstag erledigte heute die von Tausenden und Abertausenden erwartete Besoldungsvorlage, die den Beamten noch vor Weihnachten die erwünschten Erhöhungen und die sofortige Auszahlung der Erhöhungen bringen soll. Jede Partei, selbst die Opposition — mit Ausnahme der Kommunisten, deren Zerstörungsgeist durch übertriebene Forderungen noch immer die Massen an sich locken will, und zum Teil auch mit Erfolg, obgleich sie diese Vorlage glatt ablehnten, — ist sich der schweren Situation bewußt, bei den Millionenausgaben, die diese Besoldungsvorlage im Gefolge hat. Die Behandlung des angenommenen Zentrumsantrages betr. Gewährung einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe an die Sozial- und Kleinrentner, brachte zugleich einen kleinen Mißton in das Verhältnis der Regierungsparteien untereinander, da die beiden Rednerinnen der Rechtsparteien, die deutschnationale Frau Müller-Otfried und die volksparteiliche Rednerin Frau Dr. Matz, eine sehr schiefe Darstellung über den Verlauf der Verhandlungen im Haushaltsausschuß gaben, wie die Rednerin des Zentrums, Frau Dr. Teusch, in aller Öffentlichkeit richtigstellen mußte. Mit Recht wurde im Verlauf der Debatte auf die wenig schöne Art hingewiesen, wie diese Verhandlungen von den Vertreterinnen der Rechtsparteien geführt worden seien, die den leider almosenhaften Charakter dieser geringen Weihnachtsbeihilfe ins Licht gerückt und ethisch wertvermindert hätten Noch niemals sind in der Tat Differenzen der Regierungsparteien vor der Öffentlichkeit in dieser Art ausgetragen worden und zwar lediglich durch die Schuld der Rechtsparteien innerhalb der Regierungskoalition. Der wohlgemeinte und sozial durchaus anerkennenswerte Antrag des Zentrums wäre ins Wasser gefallen, hätten die Oppositionsparteien hier nicht hilfreiche Hand im Ausschuß geleistet.

Wie wir sehen, kam bei diesem Intermezzo rein sozialen Charakters die Frauenriege zu Wort. Aber auch die männliche Vertreterschaft klaffte nach dem gestrigen ruhigen Verhandlungston auseinander, und zwar zu Beginn der Sitzung bei Besprechung des Abschnittes „Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge". Hier geriet der deutschnationale Abgeordnete Schmidt durch seine allerdings wenig glücklichen Redewendungen mit dem Sozialdemokraten Roßmann in einen schärferen Konflikt, bei dem bald Schimpfworte zwischen den beiden Parteien hin und her flogen, so daß der Präsident energisch mit Ordnungsrufen die Redner und Zwischenrufer an ihre parlamentarische Pflicht der Gesittung und Mäßigung erinnern mußte. Glücklicherweise verlief dann die Verhandlung im alten ruhigen Fahrwasser und im Für und Wider der Vorlage wurden noch mancherlei Wünsche vorgebracht. Erwähnenswert ist vor allem die Erklärung der Zentrumsrednerin Frau Weber, daß das Unrecht an den weiblichen Postbeamten, die im Jahre 1920 bei der Besodungsreform niedriger eingestuft worden sind, als die männlichen Beamten, jetzt wieder gutgemacht werden konnte.

Einen wichtigen Schritt vorwärts brachte die heutige Reichstagssitzung durch den Antrag der Regierungsparteien betr. Abschaffung der dritten freiwerdenden Beamtenstelle unter gewissen Bedingungen und Einwirkungen auf Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die in dieser Frage, wie in der ganzen Besoldungsfrage, dem Vorgehen des Reiches folgen. Hier wird zum erstenmale der praktische Versuch einer Verwaltungsreform unternommen, die das Zentrum noch durch weitere Schritte kräftig zur Auswirkung bringen wird.

Abg. von Guérard kam bei der dritten Beratung noch auf den sozialdemokratischen Antrag zurück, der den Höchstbetrag von Pensionen auf die Summe von 12 000 Mark beschränken will. Der Zentrumsführer betonte, daß auch die Zentrumsfraktion eine Begrenzung der Ruhegehälter wünsche und deshalb die Vorlage eines Pensionsgesetzes für politische Beamte fordert. Der Finanzminister antwortete darauf, daß der Entwurf eines Ministerpensionsgesetzes seit einiger Zeit dem Kabinett vorliege und in nächster Zeit den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden kann. Die Vorlage wurde, nachdem noch die Redner der übrigen Parteien gesprochen hatten, mit 333 gegen 53 Stimmen der Kommunisten, des Bayrischen Bauernbundes und der Wirtschaftspartei bei 16 Stimmenthaltungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die 16 Enthaltungen kamen durch die Gruppe Stegerwald und durch 4 Bayern-Vertreter. Der Abg. Imbusch stimmte entsprechend seiner früher schon geäußerten Einstellung gegen die Vorlage.

Mit Recht konnte Präsident Loebe am Schluß des heutigen Tages den Reichstagsabgeordneten, die monatelang ihre ganze Kraft dem Zustandekommen dieses Werkes gewidmet hatten, den aufrichtigsten Dank aussprechen, denn mit der Annahme dieser Besoldungsvorlage ist eine überaus ernste, schwierige Arbeit langer Wochen zum Abschluß gekommen. Nur wer den Verhandlungen des Hauptausschusses und des Unterausschusses und den Beratungen des interfraktionellen Ausschusses ständig beigewohnt hat oder darüber unterrichtet war, kann sich ein Urteil über die sorgenvolle und mühevolle Arbeit bilden, die in dieser ganzen Zeit geleistet worden ist; schien es doch oft genug, als scheitere das schwierige Werk an den Wünschen und Anträgen aller Art, die immer wieder vorgebracht wurden und zum Teil unerwartet auftauchten. Ungeheure Anforderungen wurden an die Nerven der Reichstagsabgeordneten und der Beamten des Reichsfinanzministeriums gestellt, es war nicht nur der Kampf mit den Parteien der Opposition zu führen, sondern auch noch die nicht geringen Meinungsverschiedenheiten, die sich im Lager der Regierungsparteien selbst ergaben, waren zu überwinden. Daß die Meinungen in der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages von Anfang an geteilt waren, haben die Reden führender Zentrumsparlamentarier in aller Öffentlichkeit, besonders ja auch in Münster, dargetan Das hat auch die heutige Abstimmung gezeigt, jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß auch diese Zentrumsabgeordneten, die sich der Stimme enthielten, von der unbedingten Notwendigkeit einer Verbesserung der Beamtenbesoldung überzeugt sind. Meinungsverschiedenheiten sind lediglich über das Ausmaß und den Zeitpunkt der Erhöhung entstanden.

Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn diese Besoldungsordnung nicht nur im Jahre 1925 in Aussicht genommen, sondern spätestens 1926 durchgeführt worden wäre, also zu einer Zeit, in der man sich in einer finanziell besonders günstigen Lage befand. Der Reichsfinanzminister von Schlieben hatte bekanntlich im Jahre 1925 bereits einen Entwurf ausarbeiten lassen, der leider in den Akten des Reichsfinanzministeriums verstaubt ist. Sein demokratischer Nachfolger Dr Reinhold hütete sich, das „heiße Eisen" der Beamtenbesoldung anzufassen Er war mehr ein Freund populärer Finanzpolitik und hat das schwierige Werk der Besoldungsordnung wie so manches andere, seinem Nachfolger überlassen. Wer die nunmehr verabschiedete Besoldungsordnung mit dem dem Deutschen Reichstage zugeleiteten Entwurf vergleicht, wird feststellen müssen, daß man den Boden der Regierungsvorlage in den wesentlichen Punkten nicht verlassen hat, bezw. daß man in sehr vielen Fällen zur Regierungsvorlage zurückkehren mußte. Das ist immerhin kein ungünstiges Zeichen für den Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Es muß als ein Erfolg seiner Tätigkeit gewertet werden, daß er diese Vorlage durchgeführt hat, und die deutsche Beamtenschaft ist ihm wohl vor allem zu Dank verpflichtet. Trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten ist er in seiner Überzeugung nicht gewankt, daß der ernsten Not des deutschen Beamtentums ein Ende gemacht werden mußte. Er hat den heutigen Zeitpunkt, der an und für sich von vielen als nicht glücklich bezeichnet wird, nach seiner Ansicht wählen müssen, weil in den nächsten Jahren, wenn die Reparationsabgaben in vollem Umfange zur Durchführung kommen, überhaupt nicht mehr an eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse zu denken gewesen wäre.

*

pd **Berlin**, 14. Dez **(Tel.)**

Bei der Weiterberatung (vergl. M. A. Nr. 1291), erklärt Abg. Frau Lüder (Ztr.) im Namen der Regierungsparteien, daß bei der Besoldungsreform 1920 die weiblichen Postbeamten niedriger eingestuft worden seien, als die männlichen Beamten Dieses Unrecht werde nun wieder gut gemacht; es bleibe aber noch zu bedauern, daß den weiblichen Beamten nicht die Möglichkeit gegeben sei, in die Spitzenstellen aufzusteigen.

Auch die Besoldungsordnungen werden in der Ausschußfassung angenommen.

Damit ist die zweite Lesung der Besoldungsvorlage beendet.

In einer persönlichen Bemerkung kommt Abg. **Scheidemann** (Soz.) zurück auf die Pensionskürzungsdebatte. Die Behauptung, daß er eine Pension wie Mackensen beziehe, sei vollkommen unsinnig.

Die dritte Beratung der Besoldungsvorlage wird später erfolgen.

Es folgt die Beratung des Ausschußantrages über die

Gewährung einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe an die Kleinrentner,

für die 25 Millionen bereitgestellt werden sollen.

Abg. Frau **Müller-Otfried** (DVP.) bedauert, daß die Behandlung der Kapitalrentner wieder mit der der Sozialrentner verkoppelt worden sei. Den Kapitalrentnern gebühre eine Sonderbehandlung. Sie seien die einzigen Kriegsopfer, denen noch keinerlei Rechtsansprüche zustehen.

Abg. **Frau Dr. Matz** (DVP.) erklärt, ihre Fraktion bedauere auf das lebhafteste, daß die berechtigten Forderungen der Kleinrentner auf ein Versorgungsgesetz auch diesmal wieder unerfüllt geblieben seien. Angesichts der großen Notlage werde sie sich aber der Gewährung der Weihnachtsbeihilfe nicht entziehen.

Abg. **Frau Dr. Lüders** (Dem.) wirft den Regierungsparteien vor, sie könnten nur reden, aber nichts tun. Man müsse sich in Grund und Boden schämen, daß der Reichstag eines 60-Millionenvolkes es nicht fertig bringe, die 100 000 Kleinrentner über Wasser zu halten.

Abg. **Frau Arendsee** (Komm.) fordert, daß 150 Millionen für die Weihnachtsbeihilfe zur Verfügung gestellt werden.

Abg. **Karsten** (Soz.) hält die vorgeschlagene Regelung für unzulänglich. Die Deutschnationalen würden für ihre demagogische Haltung bei den Wahlen die Quittung bekommen.

Abg. **Frau Teusch** (Ztr.) widerspricht der Darstellung der Abgeordneten Frau Müller-Otfried und Frau Dr. Matz. Die Vertagung des Rentnergesetzes sei auf einstimmigen Wunsch der Reichsregierung erfolgt und sämtliche Regierungsparteien hätten sich damit einverstanden erklärt. Die Beratung des Rentner-Versorgungs-Gesetzes solle erst im Zusammenhang mit dem Haushalt für 1928 erfolgen. Die beiden Rednerinnen der Rechten, die bei dieser geringen Weihnachtsbeihilfe noch klass fizieren wollten, hätten wenig soziales Verständnis gezeigt. Das Zentrum habe eine gleichmäßige Hilfe für alle Notleidenden gewollt, dabei aber leider nicht die Gefolgschaft der Regierungsparteien gefunden. (Hört! Hört!).

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vpt.) erklärt, daß noch niemals so ungeschickt Differenzen zwischen den Regierungsparteien vor der Öffentlichkeit ausgetragen worden seien, wie in dieser Frage.

Abg. **Rädel** (Komm.) bezeichnet die Weihnachtsbeihilfe als einen kläglichen Ersatz für die berechtigten Ansprüche der Rentner.

Abg. Abg. Dr. Kunz (Dem.) bedauert, daß der almosenhafte Charakter der Weihnachtsgabe noch verschärft und ihr ethischer Wert noch vermindert worden sei durch die Art, wie diese Debatte von den Vertretern der Rechtsparteien geführt worden sei.

Nach weiterer Aussprache werden die Vorschläge des Ausschusses unverändert angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung der Besoldungsvorlage.

Abg. **von Guérard** (Ztr.) kommt auf den sozialdemokratischen Antrag zurück, der den Höchstbetrag von Pensionen auf 12 000 Mark beschränken will. Auch wir, so erklärt der Redner, wünschen eine Begrenzung der Ruhegehälter nach oben. Nach Annahme der neuen Besoldungsordnung wird diese Forderung noch dringender. Ich richte an die Reichsregierung die Frage, ob und wann wir ein Pensionsgesetz für die politischen Beamten erwarten dürfen?

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erwidert, daß der Entwurf eines Minister-Pensions-Gesetzes schon seit einiger Zeit dem Reichskabinett vorliege. Infolge der Arbeitsfülle der letzten Wochen habe ihn das Kabinett noch nicht in Bearbeitung nehmen können. Das werde aber alsbald geschehen, und es sei zu erwarten, daß in allernächster Zeit ein solcher Gesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden könne.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) weist darauf hin, daß schon unter der Finanzministerschaft Dr. Reinholds Erwägungen über den Abbau von planmäßigen Beamtenstellen geschwebt hätten. Der Antrag zum Beamtenabbau sei schon im Reiche quer durchführbar, und in den Gemeinden, Ländern und öffentlichen Körperschaften ganz unmöglich. Er werde auch den Widerstand des Reichsrates finden.

Abg. **Eisenberger** (Bayr. Bauernb.) erklärt, daß er als Bauer eine andere Meinung über die Beamtenbesoldung habe, als die meisten anderen Redner. Der jetzige Zeitpunkt zur Durchführung der Besoldungsreform sei ganz ungeeignet

Abg. **Haupe** (WP.) erklärt für die Gruppe der Deutsch-Hannoveraner, es sei erfreulich, daß die Besoldungsvorlage noch vor Weihnachten verabschiedet werden könne und stimmt der Vorlage, die zwar nicht alle Wünsche erfülle, aber doch der Vorläufer einer besseren Reform sei, zu.

Abg. **Roßmann** (Soz.) bezeichnet die Erklärung des Abg. von Guérard als ein Meisterstück der Zentrumstaktik. Die sozialdemokratische Fraktion sei bereit, den vom Zentrum bemängelten Teil ihres Antrages zurückzuziehen, so daß nur die klare und eindeutige Forderung bleibe, daß Pensionen 12 000 Mark jährlich nicht übersteigen dürfen.

In der Abstimmung wird der erneut eingebrachte sozialdemokratische Pensionsbegrenzungsantrag mit 217 gegen 176 Stimmen, bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Die Vorlage wird unverändert in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Vor der Schlußabstimmung gibt

Abg. **Steinkopf** (Soz.) eine Erklärung ab, wonach die Fraktion mit allen Mitteln versucht habe, das unsoziale Klassensystem der Besoldungsvorlage zu einem sozialen Gesetzentwurf umzugestalten. Dies sei ihr nicht gelungen. Trotzdem könne die sozialdemokratische Fraktion nicht verantworten, daß die Beamten der unteren und mittleren Gruppen auf die ihnen seit Jahren versprochene Erhöhung ihrer Bezüge noch länger warten müßten. Sie werde deshalb in der Schlußabstimmung der Vorlage zustimmen.

Abg. **Torgler** (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne und sich dabei einig wisse mit der großen Mehrheit der Beamtenschaft. (Gelächter).

Der Antrag **Eisenberger** (BB.) auf Zurückstellung der gesamten Besoldungsvorlage, wird abgelehnt.

In namentlicher Schlußabstimmung

wird die Besoldungsvorlage mit 333 gegen 53 Stimmen der Kommunisten, des Bayerischen Bauernbundes und der Wirtschaftspartei, bei 16 Enthaltungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Präsident **Loebe** erklärt, daß sich alle, wie der Einzelne auch zu dem Gesetz stehen mag, darin einig seien, daß ein großes bedeutendes Werk geschaffen worden sei Unter lebhaftem Beifall des Hauses dankt der Präsident den Abgeordneten für ihre mühevolle Arbeit.

Die Entschließungen sollen am Donnerstag erledigt werden. — Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 14 Uhr: Versorgungsgesetz. Entschließungen zur Besoldung.

Schluß 20,30 Uhr.

Die Notwendigkeit der Siedlung.

Eine Kundgebung der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation.

= **Berlin**, 14. Dez. Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation veranstaltete heute im Sitzungssaal des Preußischen Staatsrates eine Kundgebung für die landwirtschaftliche Siedlung. Der erste Vorsitzende, Freiherr von Gayl-Königsberg, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die große Bedeutung der ländlichen Siedlung für die Entwicklung des deutschen Volkes hin. Der preußische Landwirtschaftsminister Steiger, der darauf das Wort ergriff, ging u. a. auf die Notwendigkeit der Siedlung gerade in der Nachkriegszeit ein und betonte ihre besondere Wichtigkeit in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die Frage, ob die durch die Siedlung geschaffenen kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe geeignet seien, dieser Forderung zu entsprechen, bejahte der Minister. Nach den Veröffentlichungen der ostpreußischen und schlesischen Landgesellschaft seien bei den Siedlerstellen durchschnittlich größere Beträge erzielt und auch namhafte Zufuhren für den Markt bewirkt worden. Als einen Mangel bezeichnete der Minister die Tatsache, daß die Einsetzung von Landarbeitern noch sehr zu wünschen übrig lasse. Er habe jedoch die Hoffnung, daß die Möglichkeit, hier Wandel zu schaffen, gegeben sei, nachdem im Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung mehr Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. Reichstagsabgeordneter Borne-feld-Ettmann (Z.), der nach dem Minister zu Worte kam, stellte u. a. fest, daß sich der Siedlungsgedanke im deutschen Volk durchgesetzt habe. Alle Parteien und Berufsstände könnten an dieser Aufgabe Hand in Hand arbeiten. Die Landflucht müsse eingedämmt werden und darüber hinaus eine dichtere Bevölkerung im deutschen Osten geschaffen werden, was aus nationalpolitischen Gründen unbedingt notwendig sei. Auch die Industrie habe an dieser Stärkung des deutschen Binnenmarktes besonderes Interesse. Reichstagsabgeordneter Treviranus (DVP.) wies darauf hin, daß das Gespenst der Landflucht auch auf den Bauernhöfen umgehe. Das sei u. a. darauf zurückzuführen, daß die Gefahr einer fortgesetzt fehlenden Rentabilität im Landbau im Osten mehr als in anderen Gebieten zur Krise führen müsse Trotz der ungewissen Zukunft hätten sich gerade aus dem Süden und Westen genug junge Landwirte gefunden, die den Mut aufbrächten, im Osten zu siedeln. Der neuerdings beschrittene Weg der Unterstützung solcher Vorhaben durch die Länder und Provinzen bedeute die beste Verbindung der alten und der neuen Heimat. Der Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium, Krüger, sprach dann über die Ansiedlung von Landarbeitern. Die Schwierigkeiten lägen hier nicht nur auf finanziellem Gebiet, sondern vielfach in der Einstellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Staat könne hier viel tun: Einmal als Besitzer der Domänen, indem er den Arbeitern Grund und Boden und Kredite zur Verfügung stelle; andererseits bei der Unterstützung der allgemeinen Siedlungstätigkeit durch besondere Einrichtungskredite. Das Landwirtschaftsministerium wolle in beiden Richtungen vorgehen.

Die sozialistische Regierung in Braunschweig gewählt.

♂ **Braunschweig**, 14. Dez. **(Tel.)** Der braunschweigische Landtag wählte heute bei Stimmenthaltung der Demokraten, mit 25 gegen 22 Stimmen eine reine sozialistische Regierung. Sie wird durch die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Jasper, Steinbrecher und Siever gebildet. Die Vertreter der Rechten gaben eine Erklärung ab, in der sie der neuen Regierung für den Fall, daß sie nicht sachlich regiere, den schärfsten Kampf ansagten. Der demokratische Vertreter erklärte die neue Regierung für ein Provisorium, das ehestens durch eine Koalitionsregierung der Mitte abgelöst werden müsse. Die Kommunisten erklärten sich zur Unterstützung der Regierung nur unter der Bedingung bereit, daß die proletarischen Grundforderungen die volle Beachtung der sozialistischen Regierung erfahren. Die nächste Landtagssitzung, in der die Regierungserklärung erfolgen wird, findet Anfang Januar statt.

Der Wohnungsbau 1928.

vdz **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Die beiden Hauptausschüsse des Reichswirtschaftsrats billigten einstimmig eine Entschließung des Arbeitsausschusses zur Beratung eines Antrages Baltrusch betreffend zweckmäßige Verteilung von Behördenaufträgen an die Wirtschaft. Darnach sollen Reichsregierung und Reichstag darauf aufmerksam gemacht werden, daß die unverzügliche Regelung der Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau 1928 nötig sei, wenn nicht große wirtschaftliche Schäden wieder entstehen sollten. Zunächst wird die Beibehaltung der bisherigen Regelung der Hauszinssteuer empfohlen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Gebäudeentschuldungssteuer. Nötigenfalls sei die Verlängerung des Hauszinssteuergesetzes bis 1. April 1929 herbeizuführen, um in der Zwischenzeit das erforderliche Neugesetz beraten zu können.

Vertagung der Düsseldorfer Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag.

tu **Düsseldorf**, 14. Dez. **(Tel.)** **Die heutigen Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie blieben wiederum ergebnislos. Sie wurden gegen 22 Uhr auf Donnerstag, den 15. Dezember, vormittags vertagt.**

Die Luxemburger Tagung des deutsch-französischen Studien-Komitees beendet.

tu **Luxemburg**, 14. Dez. **(Tel.)** Gestern nachmittag beendigte das deutsch-französische Studien-Komitee seine unter dem Vorsitz des Präsidenten Mayrisch in Luxemburg abgehaltene Tagung. Deutscherseits nahmen an den Besprechungen die Herren Rostiz-Wallnitz, von Mendelssohn-Berlin, Bankier Hagen-Köln, Professor Rob. Curtius-Heidelberg Graf Oberndorff u. a. teil. Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung nämlich, „Rationalisierung im nationalen Lichte" und „Die politischen Folgen internationaler Zusammenarbeit", wurden von dem Präsidenten des internationalen Rohstahlkartells, Mayrisch, und dem Präsidenten der französischen allgemeinen Produktions-Gesellschaft, Duchemin, behandelt. Ihren Ausführungen folgte eine allgemeine Aussprache, die das Studienkomitee von der Notwendigkeit überzeugte, daß die nationalen Wirtschafts-Abmachungen durch internationale Abkommen gefestigt werden müßten, da man andererseits Gefahr laufe, durch die Rationalisierung den industriellen Wettbewerb zu verschärfen. Um das für eine solche Entwicklung absolut notwendige Vertrauen herzustellen, müsse die politische Aktion parallel mit den wirtschaftlichen Maßnahmen gehen. Durch eine Inflationskrisis in Frankreich und Deutschland würde die gesamte europäische Zivilisation bedroht werden, weshalb alle diejenigen intensiv mit arbeiten müßten, denen die Rettung dieser Zivilisation am Herzen liege.

Um das amerikanische Flottenbauprogramm.

tu **London**, 14. Dez. Die Morgenblätter veröffentlichen lange Berichte aus Washington, in denen das amerikanische Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre im einzelnen dargelegt wird. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, daß auf Grund authentischer Erklärungen des Weißen Hauses das amerikanische Marinem nisterium diesen Flottenbauplan vorläufig erst dem Präsidenten Coolidge übermittelt habe. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen worden, allerdings werde zugegeben, daß der Hauptteil des Programms eine sehr bedeutende Vermehrung der Kreuzerzahl bringe. Die „Times" geben eine Erklärung des Sprechers des amerikanischen Repräsentantenhauses wieder, wonach der Präsident der Auffassung sei, daß Repräsentantenhaus sei gegenwärtig sehr bewilligungsfreudig und würde jedes Flottenbauprogramm genehmigen, das die amerikanische Flotte auf den gleichen Stand mit der gegenwärtig stärksten Flottenmacht bringen würde. Im Kongreß herrsche die Ansicht vor, daß die von dem Marineministerium angeforderten Summen für den Ausbau der Flotte den Betrag von 200 Millionen Pfund nicht erreichen dürften.

Das amerikanische Flottenbauprogramm vor dem Kongreß.

w **Washington**, 14. Dez. **(Tel.)** Marineminister Wilbur unterbreitete heute dem Kongreß sein Flottenbauprogramm, dessen Kosten auf 7000 Millionen Dollar geschätzt werden, und das den Bau von 25 Kreuzern, 9 Zerstörern, 32 Unterseebooten und 5 Flugzeugmutterschiffen vorsieht. Im Falle der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen würde der Präsident Ermächtigung zur Einstellung der weiteren Bautätigkeit erteilen.

Eine englische Erklärung über Kreuzer-Neubauten.

w **London**, 14. Dez. **(Tel.)** Im Unterhaus erklärte auf eine Anfrage der erste Lord der Admiralität: Für die englische Regierung enthalte die kürzlich erfolgte Erklärung des Präsidenten Coolidge keinen Grund, ihren Entschluß rückgängig zu machen, wonach der ursprünglich vorgesehene Bau von Kreuzern aufgegeben werden soll.

Der Parlamentskonflikt in Oklahoma.

Auch die Sitzung des Senats verboten.

tu **Newyork**, 14. Dez. **(Tel.)** Eine Abordnung des Senats von Oklahoma suchte Gouverneur Johnston auf, um sich zu erkundigen, ob sein Verbot sich auch auf den Senat beziehe. Der Gouverneur bejahte diese Frage. Daraufhin haben die Senatoren beschlossen, morgen den Versuch zu machen, die Postenkette vor dem Parlament zu durchbrechen; sollte dieser Versuch mißlingen, so beabsichtigen die Senatoren im geheimen zu tagen.. In der Unterredung mit dem Gouverneur verlangten die Senatoren ferner die Zurückziehung der Truppen unter Hinweis darauf, daß Oklahoma vor aller Welt lächerlich gemacht würde. In einer Versammlung erklärte der Gouverneur, daß er nicht unter dem Einfluß seiner Privatsekretärin stehe; es handele sich hierbei um Anschuldigungen ihm feindlich gesinnter Abgeordneter, die der Gouverneur als „Rote" bezeichnete. Oklahoma dulde keine unkonstitutionelle „rote Regierung".

tu **Newyork**, 14. Dez. **(Tel.)** Wie aus Oklahoma gemeldet wird, hat der Gouverneur den Senatoren die Erlaubnis erteilt, sich im Kapitol zu treffen. Das Schreiben mit dieser Mitteilung wurde den Senatoren überbracht, als diese sich anschickten, in einem Demonstrationszug zum Kapitol zu marschieren, um einen Versuch zu unternehmen, die Postenkette zu durchbrechen. In dem Schreiben stellt der Gouverneur fest, daß er das Recht zum Betreten des Kapitols den Mitgliedern des Repräsentantenhauses auch weiterhin unter keinen Umständen gewähre. Ferner seien die Senatoren keineswegs berechtigt, über die sechs Anklagepunkte, die das Repräsentantenhaus aufgestellt habe, zu diskutieren. Er erteile den Senatoren die Erlaubnis zum Betreten des Gebäudes nur, weil diese sich bisher nicht gegen die Gesetze gewandt hätten.

Deutsches Reich

Aus dem Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen.

⊧ **Berlin**, 14. Dez. Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen nahm eine Entschließung an, in der die Reichsregierung ersucht wird, die früher gezahlten laufenden Entschädigungen für den Zivilversorgungsschein in den letzten Monatsbeträgen bis zum Höchstbetrag von 12 Mark wieder zu zahlen. Die Tropenzulage wurde abgelehnt.

Die erste Sitzung des neuen Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

w **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Der Verwaltungsrat der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist am 13. und 14. Dezember zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte persönlich die Versammlung. Der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup berichtete über die bisherigen Arbeiten vor Einführung des Gesetzes und über die finanzielle Lage der Reichsanstalt. Diese hat sich infolge des starken Rückganges der unterstützten Arbeitslosen im Sommer dieses Jahres günstig entwickelt, so daß die Reichsanstalt dem winterlichen Ansteigen der Arbeitslosenzahl schon durch ihren eigenen Notstock begegnen kann. Der Verwaltungsrat befaßte sich hauptsächlich mit Arbeiten, welche die Eingliederung der Arbeitsnachweisämter in die Reichsanstalt vorbereiten. Trotz mancher widerstreitenden Interessen gelang es bei der ersten Sitzung, eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den drei Gruppen im Verwaltungsrat — Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Vertretern öffentlicher Körperschaften — zu erzielen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

w **Berlin**, 14. Dez. Die in Warschau geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie in Berliner unterrichteten Kreisen verlautet, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der deutsche Delegierte Reichsminister a. D. Hermes ist in Berlin eingetroffen, um Bericht zu erstatten und neue Instruktionen einzuholen. Es wird erwartet, daß die Einzelverhandlungen im Januar beginnen werden.

Das Ende der Selbstverwaltung an den Handelshochschulen.

w **Berlin**, 14 Dez **(Tel.)** Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Da die Studierenden an den dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe unterstehenden Hochschulen die Selbstverwaltung abgelehnt haben, sind die Studentenschaften ebenso wie an den übrigen preußischen Hochschulen durch besondere Verordnung aufgehoben worden.

Die Form der Vereidigung preußischer Staatsbeamter.

w **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Wie der amtliche preußische Pressedienst einem zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und der übrigen Staatsminister herausgegebenen Runderlaß des Finanzministers entnimmt, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, daß bei der Vereidigung der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten auf die Reichsverfassung und auf die preußische Verfassung die Eidesformel fortan unter Erhebung der rechten Hand von dem Schwörenden auszusprechen ist.

Um das Schlageter-Denkmal.

Im preußischen Staatsrat kam am Dienstag Oberbürgermeister Dr. Jarres auf den Plan der Errichtung eines Schlageter-Denkmals in Düsseldorf zu sprechen. Er machte darüber folgende Mitteilungen: In einem Geheimerlaß an die Regierungspräsidenten usw. habe der Minister die Absicht bekundet, sich von dem Denkmals-Ehrenausschuß fernzuhalten. (Hört! hört! rechts.) Er, der Redner, habe dem Minister erklärt, er sei nicht bereit, aus dem Ehrenausschuß auszutreten. Es sei unerfindlich, wie der Minister aus dieser Angelegenheit eine politische machen könne. Der Minister habe kein Recht, die Freiheit der Beamten auf diese Weise zu unterbinden. Er habe nur einen ungenügenden Bescheid erteilt und seine Verordnung aufrechterhalten. Er frage sich, ob diese Handlung ein Akt staatsmännischer Klugheit sei. Das deutsche Volk scheine sich nicht einmal an der Bahre dieses Freiheitshelden einigen zu können, vor dessen Leiche selbst die französischen Offiziere den Degen gesenkt hätten. Es sei grundfalsch, aus der Angelegenheit lediglich eine rechtsradikale zu machen. Dies sei nur eine Folge der Stellungnahme des Ministers. Der Denkmalsausschuß setze sich aus Mitgliedern aller nationalen Parteien zusammen. Ohne Zweifel habe der damalige Minister Severing an dem Verrat und der Ermordung Schlageters keinen Anteil. Die Aufrechterhaltung des Ministererlasses auch heute noch sei eine psychologisch ungeheuerlich unkluge Handlung. Da der Innenminister nicht anwesend war, erfolgte auf diese Erklärung keine Antwort.

Aus aller Welt.

Quiddes Nobelpreisvortrag.

w **Oslo**, 12. Dez. **(Tel.)** Prof. Quidde hielt heute seinen Nobelpreisvortrag im Nobelinstitut. Er betonte, es müsse ernst mit der Abrüstung werden. Sollte die Abrüstungskonferenz zusammenbrechen, so wäre das von katastrophaler Bedeutung für Deutschland, für die ganze Friedensbewegung, für die Sicherheitsfrage und den Völkerbund. Übrigens hätten alle Verträge und Abkommen nur beschränkten und relativen Wert. Entsche dend wären Gesinnung und Geist der Nationen, aber um die Friedensgesinnung zu wecken, wäre große Aufklärungsarbeit nötig. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall begrüßt.

Aus der Stadt.

Münster, 15. Dezember.

△ **Der republikanische Studentenbund** veranstaltete am Freitag einen Diskussionsabend an dem Herr Dr. Stricker einen Vortrag hielt über das Thema: „Die politischen Parteien im Auslande". Der Vortragende gab in kurzen Zügen ein Bild des Parteiwesens der fremden Mächte, das durchaus nicht immer mit dem bei uns bestehenden übereinstimmt. Mannigfaltige Gesichtspunkte, wie wirtschaftliche, weltanschauliche Prinzipien, wie auch Stellung zum Staate, zu Nationalitäten usw. können ausschlaggebend sein für die Bildung und Orientierung der verschiedensten Parteien. Es schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der noch einige interessante Tatsachen besonders hervorgehoben wurden.

ℱ **Der Kriegsteilnehmerverband der Universität Münster** schreibt uns:

Die Statistiken über den Besuch der deutschen Universitäten ergaben im Sommersemester 1927, daß durchschnittlich noch 10 Prozent aller ordentlichen Studierenden Kriegsteilnehmer waren. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat sich die Zahl in diesem Semester nicht verändert. Warum studieren noch heute so viele Kriegsteilnehmer? Eingehende Feststellungen ergaben fast immer wirtschaftliche Schwierigkeiten als Grund. Wirtschaftliche Schwierigkeiten die ganz anders in Rechnung zu stellen sind als bei den übrigen Studierenden. Nur in Stichworten einige Einzelgründe, die fast nie allein auftreten: Durchweg ist der studierende Kriegsteilnehmer schon verhältnismäßig alt, oft sind die Eltern tot oder zu unreichender Unterstützung zu alt. Die Geschwister sind herangewachsen und erschweren durch ihre eigenen Ausbildungskosten wesentlich weitere Beihilfen an die älteren Brüder. Andere waren aktive Offiziere, für die die Eltern bei der damaligen sehr geringen Besoldung der jüngeren Offiziere vielfach die letzten Rücklagen verwenden mußten. Wieder andere kamen erst Jahre nach Kriegsende aus der Gefangenschaft, lagen jahrelang im Lazarett oder waren sonst durch ihre Kriegsverletzungen lange Zeit zum Teil oder ganz arbeitsunfähig, oder sind es heute noch. Alles Schäden, die abgesehen von dem wesentlichen Zeitverlust fast immer mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden sind. Endlich wollen wir die zahlreichen nicht vergessen, die durch ihre Kriegsbeschädigung gezwungen waren, ihren nach langem Studium erreichten Beruf aufzugeben, also vollständig neu aufbauen mußten. Was haben wir bisher erreicht? An viele Stellen haben wir uns wenden müssen. Es ist uns nicht leicht gemacht worden zu beweisen, daß wir es ernst meinen; daß wir nur mit solchen Bitten vortreten, die wir restlos verantworten können. Aber der Beweis ist uns gelungen, nicht überall, aber bei allen denen, die die Zeit zu objektiver Prüfung gewagt, die den Mut zur Einsicht gezeigt haben. Ihnen allen sei kein Dank — denn der ist billig — nein, ihnen sei der Lohn unseres Durchringens. Was bleibt übrig? Übrig bleibt die Erkenntnis, daß alle Maßnahmen nicht ausgereicht haben. Unsere Hauptaufgabe ist und muß sein: Herunter mit den Kriegsteilnehmern von den Universitäten! Der Weg? Ein Jahr ausreichender Hilfe, und unsere Tätigkeit ist abgeschlossen. Ein Jahr nur! Neue Quellen zu den alten wohlbewährten, uns wohl vertrauenden. Ein Jahr nur die besondere Lage der Kriegsteilnehmer erkennen. Ein Jahr nur restlose Hilfe; Beseitigung der Werkarbeit, die stehen läßt, aber nicht weiter führt; Beseitigung der halben Hilfe, die Rückschritt, aber nicht Vorwärtsschreiten bringt. Auf Grund unseres positiven Materials haben wir vor kurzer Zeit einen Schritt unternommen, um durch Genehmigung einer durchgreifenden Werbung für unsere Kameraden ausreichende Mittel zu bekommen. Diese Genehmigung ist uns erteilt worden. Für dieses Semester dürfen wir uns an alle Einzelpersonen und Körperschaften im Regierungsbezirk Münster wenden, bei denen ein besonderes Interesse vorausgesetzt werden kann. Da die Werbung selbst und die Verwendung der eingehenden Gelder der dirigierenden Kontrolle Seiner Magnifizenz des Rektors der Universität Münster unterstellt worden ist, ist die Gewähr für sinngemäße Verwendung gegeben. Die Werbung wird vom Vorstande des Kriegsteilnehmerverbandes der Universität Münster durchgeführt. Als Werber treten nur studierende Kriegsteilnehmer auf, die sich persönlich durch eine Bescheinigung der Universität ausweisen können. Ebenso muß der Briefwechsel des Verbandes in dieser Angelegenheit und die Quittungen über eingegangene Beträge Siegel und Unterschrift Seiner Magnifizenz des Herrn Rektors der Universität tragen. — Wer uns kennt und uns vertraut, wird helfen.

Der große Schmuggler-Prozeß.

ℱ **Münster**, 14. Dezember.

Die Nachmittagssitzung

begann um 17,30 Uhr. Der Kaufmann Heinrich Schmitz aus Emmerich wurde als erster Zeuge vernommen. Er hatte den Holländer van Hues kennen gelernt, der ihm zu einem guten Geschäft riet, das mit einem holländischen Zolleinnehmer Nockeven zu machen sei. Der Zeuge Schmitz hatte sich zu diesem Zolleinnehmer begeben und hatte hier den holländischen Kaufmann Beuersten kennen gelernt. Beuersten machte den Zeugen mit seinem System bekannt, wonach der Zoll für die Kaffeesendungen auf dem betr. Zollamt deponiert werden mußte, dann wurde die Quittung ausgestellt. Die Eintragungen auf dem Zollamt hatten jedoch nicht zu erfolgen, denn wenn die Sendung ihren Bestimmungsort ordnungsmäßig erreichte, so wurde das Geld nicht in die Zollkasse abgeführt, sondern es wurde unter den Beteiligten verteilt. Es wurde dem Zeugen Schmitz gesagt, daß auf diese Art schon 1 000 Ballen Kaffee über die Grenze gegangen seien. Der Zeuge glaubte angeblich nicht daran, daß sich ein Zolleinnehmer zu einem solchen Geschäft werde mißbrauchen lassen. Trotzdem nahm er aber 6300 Mark Bestechungsgelder von Beuersten an, mit dem Auftrage, einen Zolleinnehmer zu suchen, der die Sache mitmache. Der Zeuge Schmitz gab denn auch bald das Zollamt in Springbiel an, dessen Zolleinnehmer bestochen worden sei. Tatsächlich rollte auch eine Sendung Kaffee nach dort ab. In Wirklichkeit hatte der Zeuge Schmitz sich aber nicht mit dem Zollamt in Verbindung gesetzt, sondern hatte das Geld für sich verwandt. Die Kaffeesendung wurde noch im letzten Augenblick von dem Holländer van Hues, der von dem falschen Spiel des Zeugen Schmitz Wind bekommen hatte, angehalten und zurück beordert. Der Zeuge Schmitz wurde von seinen Gewährsleuten wegen Betruges angezeigt und da er damals keine Zeugen für das Spiel der Schmuggler hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Befragen erklärt der Zeuge weiter, daß dem Lastwagen mit Anhänger stets ein kleiner Personenwagen beigegeben gewesen sei, der im Falle einer späteren Revision die Aufgabe gehabt hätte, das Zollamt sofort zu benachrichtigen. Weiter erklärte er, die deutschen Firmen, so habe Beuersten gesagt, erhielten den Rohkaffee zum holländischen Großhandelspreis plus halben Zoll. Der Zeuge leistete darauf den Zeugeneid.

Zollrat Kintzel, der die Ermittlungen geleitet hatte, erklärte, daß wohl noch nie in so großzügiger Weise ein Schmuggel betrieben worden sei. Nicht über den grünen Rasen sei der Kaffee geschmuggelt, sondern über die Dienststellen, die die Grenze zu sichern hatten. Von einem Gewährsmann hat der Zeuge die ersten Nachrichten über den Kaffeeschmuggel erhalten. Den Namen des Gewährsmannes will der Zeuge nicht nennen. Auch die Nachricht, daß am 3. September ein Wagen Rohkaffee geschmuggelt werden sollte, hatte der Zeuge von einem Gewährsmanne erhalten. Er legte sich mit zwei Beamten auf die Lauer, später begab er sich allein auf Umwegen zum holländischen Zollamt und sah dort zwei Autos stehen, einen Lastwagen und einen Personenwagen. Er hatte gehofft, wenn die Abwicklung des Zolls auf deutscher Seite ordnungsmäßig vorsich ginge, noch rechtszeitig auf die Straße nach Bocholt zu kommen. Doch gelang ihm das nicht. Zum Glück hatten aber seine beiden Beamten den Lastwagen angehalten, von dessen Begleitern eine ordnungsmäßige Zollquittung vorgelegt wurde. Trotzdem wurde aber der Wagen festgehalten. Der Zeuge begab sich darauf zur deutschen Zollstelle zurück, um den Zollbeamten Heilmann zur Rede zu stellen und Umschau zu halten. Zunächst hatte ihm Heilmann erklärt, daß in letzter Zeit keine größeren Zollwaren durchgekommen seien. Der Zeuge wußte von seinem Gewährsmann, daß am Tage vorher ebenfalls schon Kaffee geschmuggelt wor; diesen fand er nicht in den Büchern vermerkt. Auf die soeben durchgegangene Kaffeesendung aufmerksam gemacht, habe Heilmann erklärt, er sei noch gerade bei den Eintragungen beschäftigt. Auf weitere Vorhaltungen habe Heilmann angegeben, daß er nun verloren sei. Schließlich habe Heilmann auch zugegeben, kleine Geldzuwendungen von einem an dem Schmuggel beteiligten Holländer erhalten zu haben.

An die Vernehmung dieses Zeugen schloß sich die Vernehmung der beiden Zollfahndungsbeamten, die dem Zollrat bei der Beschlagnahme des Lastwagens am 3. September behilflich gewesen waren.

Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag morgen 9 Uhr vertagt.

Etatseinbringung im preußischen Landtag.

Dr. Höpker-Aschoff über die Finanzlage Preußens.

pd **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)**

Im preußischen Landtag brachte heute Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** den

Etat für 1928

ein. Er dankte zunächst dem Hause für das gestern von ihm verabschiedete Besoldungsgesetz und gab dann einen Überblick über den Stand der preußischen Finanzen, wobei er hervorhob, daß die preußische Regierung bei der Darlegung der Finanzen nichts zu verheimlichen habe. Er wies dann nochmals darauf hin, daß man für 1928 mit einem **Fehlbetrage von 73,7 Millionen** zu rechnen habe. Das Mißverhältnis der Betriebsüberschüsse zu den Steuereinnahmen sei bedauerlich. Das Jahr 1927 bringe an außerplanmäßigen Ausgaben schätzungsweise 60 Millionen. Seit der Befestigung der Währung seien durch Anleihegesetze 566,8 Millionen bewilligt worden. Bis Ende September 1927 seien 358,7 Millionen für Anlehezwecke ausgegeben worden. Der Gesamterlös der Anleihebeträge, die seit Befestigung der Währung flüssig gemacht sind, belaufe sich auf 343,8 Millionen. Für Zwecke der Meliorationen sei heute mehr geleistet worden, als vor dem Kriege. Die Produktivität des Verwendungszweckes der Anleihe für die preußische Kasse sei in keinem Stadium der Verhandlungen bestritten worden. Schwierigkeiten seien im Geiste gegenseitigen Vertrauens durch Verhandlungen beseitigt worden.

Der Minister erklärte weiter, daß ohne die Besoldungserhöhung der Etat für 1927 auch innerlich ausgeglichen gewesen wäre; man hätte sogar einen nicht unerheblichen Überschuß gehabt. Jetzt schließe dieser Haushalt mit rund 65 Millionen Defizit ab. Der Fehlbetrag werde sich aber bis zum Abschluß des Jahres 1927 vermutlich noch ermäßigen.

Beim Haushaltsplan für 1928 sei wieder versucht worden, so sparsam wir irgend möglich zu wirtschaften. Der Staatsrat habe die überschüssige Gestaltung des preußischen Etats ausdrücklich anerkannt. Bei der Fixierung des Etats 1928, bei dem ein Defizit von etwa 73,7 Millionen bestehe, habe Preußen unter Berücksichtigung des Voranschlages des Reichsetats eine Mehrüberweisung aus Reichssteuern im Betrage von 85,6 Millionen eingesetzt. Bei den preußischen Steuern rechne die Regierung für 1928 mit einem Mehraufkommen von 44,7 Millionen. Das Defizit von 73,7 Millionen müsse eine Deckung in weiteren Mehrüberweisungen des Reiches finden. Sollte sich das nicht erreichen lassen, seien erneute Abstriche im Etat notwendig. Zu beklagen sei der große Aufwand für Personalausgaben in Preußen, Verwaltungsvereinfachungen seien dringend notwendig. Alle Versuche, z. B. die lokalen Instanzen einzuschränken, seien aber am Widerspruch der Abgeordneten des preußischen Landtages gescheitert. Das preußische Kabinett habe vor Monatsfrist beschlossen, den einzelnen Ressorts zur Pflicht zu machen, Vorschläge zur Einsparung von Personalausgaben zu machen. Ohne eine Verwaltungsreform in den einzelnen Ländern und im Reiche sei dieses Ziel aber nicht zu erreichen. Die vom Reich für Januar 1928 einberufene Länderkonferenz, die das Ziel der Verwaltungsvereinfachung verfolgt, sei also von eminenter Bedeutung. Voraussetzung für ihr Gelingen sei aber eine Verständigung der Länder untereinander und eine Verständigung der Länder mit dem Reich über die vorzunehmende Reform. Erfreulicherweise habe Preußen von Jahr zu Jahr steigende Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, und auch die Spareinnahmen hätten sich bedeutend gesteigert. Es bestehe die Hoffnung, daß auch im nächsten Jahre im Wohnungsbau erhebliche Mittel zur Verfügung stehen würden. Der Minister erklärte zum Schluß unter dem Beifall der Regierungsparteien, daß die Finanzpolitik des preußischen Staates zwar beengt, aber durchaus gesund sei.

Die Aussprache zur ersten Lesung des Etats soll am Donnerstag stattfinden.

In allen Lesungen wird ein Gesetzentwurf über die **Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge verabschiedet.**

Nach einem Ausschußantrag soll das Staatsministerium eine allgemeine Neuregelung des Brückenunterhaltungsrechtes mit dem Ziel einer einheitlichen Zusammenfassung der Unterhaltungspflicht in der Hand der Provinzen treffen. Die Neuregelung soll möglichst schon mit dem 1 April 1928 in Kraft treten.

Ein auf einem völkischen Urantrag beruhender Antrag des Landwirtschaftsausschusses, der eine Einschränkung des rituales Schächtens betrifft, wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Angenommen werden Anträge des Verkehrsausschusses, worauf Tarifermäßigungen bei der Reichsbahn zugunsten der Landwirtschaft vorgenommen werden sollen. Das Staatsministerium soll alles Erforderliche tun, um die möglichst baldige Herstellung einer Nebenbahnverbindung Rosenberg — Heiligenbeil — Zinten — Preußisch-Eylau — Domnau zu erwirken. Weiter findet eine Reihe von Anträgen des Landwirtschafts-Ausschusses Annahme, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion u. a. verlangen, daß die Tätigkeit der Ödkult, die Hergabe von Meliorationskrediten an Private und die durch die verschiedenen Kreditgesetze bewilligten Staatsmittel für erledigt erklärt werden. — Das Haus stimmt ferner Ausschußanträgen zu, die für die Förderung des ländlichen Schulwesens eintreten und verlangen, daß durch staatseigene Betriebe, erhöhte Fabrikation und Beschaffung künstlichen Düngers und Saatguts, die billigeren Preise bewirkt werden. Bodenverbesserungen sollen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Weiter angenommene Anträge setzten sich für die Spezialförderung der Anlieger und Neusiedlung ein. Insbesondere in den gefährdeten Grenzländern soll Siedlungsland vom Staat angekauft und das Siedeln erleichtert werden. Das Staatsministerium soll dem Landtag das Ergebnis der Prüfung über die künftige Gestaltung des ländlichen Bildungswesens vorlegen.

Angenommen wurde ein Antrag des bevölkerungspolitischen Ausschusses, wonach das Staatsministerium die Notlage des Heilbades Soden am Taunus erneut prüfen und erforderlichenfalls auf dem Wege einer weiteren Beihilfe mildern soll.

Der Gesetzentwurf der für den Ausbau des Stettiner Hafens rund 10,7 Millionen bereitstellt, wurde in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Der Gesetzentwurf, wonach die Gemeinden Wolthusen und Borssum ab 1. April 1928 in die Stadtgemeinde und den Stadtkreis Emden eingemeindet werden sollen, wurde der Ausschußberatung überwiesen. Die Notverordnung, die einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Erdöl in der Mark Brandenburg, sowie in Gebietsteilen von Sachsen und Schlesien, festlegt, wurde nach weiterer Aussprache gegen die Stimmen der Rechtsparteien und Kommunisten angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

Ältestenrat des preußischen Landtages.

vdz **Berlin**, 14. Dez. **(Tel.)** Im Ältestenrat des preußischen Landtages war eine Beschwerde der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der Verwahrung eingelegt wurde, daß mit der allgemeinen Aussprache über die Besoldungsordnung am Dienstag Schluß gemacht worden war, ohne daß die vereinbarte Redezeit von einer Stunde eingehalten wurde. In der Aussprache wurde klargestellt, daß der Präsident Bartels selbst gegen den vom Zentrumsabgeordneten Baumhoff eingebrachten Schlußantrag Bedenken geäußert habe. Der Abg. Baumhoff habe dann erklärt, er werde mit den Oppositionsparteien sprechen. Er habe auf Grund von solchen Besprechungen den Eindruck gewonnen, daß die Parteien einverstanden seien. Das habe sich dann später als irrtümlich herausgestellt. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung des Ausschusses, daß der Präsident solche Anträge in Zukunft als unzulässig ablehnen solle und daß er sich bei solcher Ablehnung der einmütigen Zustimmung des Ältestenrates sicher wisse.

Lindbergh in Mexiko City gelandet.

tu **Newyork**, 14. Dez. **(Tel.)** **Oberst Lindbergh ist heute nachmittag 2,39 Uhr (etwa 7,30 mitteleuropäischer Zeit) auf dem Flugplatz in Mexiko City eingetroffen und glatt gelandet. Auf dem Flugplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts, an ihrer Spitze Präs. Calles und der amerikanische Botschafter, sowie zahlreiche Deputierte, Senatoren und prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Handel und Industrie waren erschienen. Lindbergh hat den 2000 Meilen langen Flug trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen in sehr guter Zeit zurückgelegt.**

Nach Meldungen aus Mexiko City war die Menschenmenge, die sich zum Empfang Lindberghs auf dem Flughafen eingefunden hatte, so groß, daß mehrere Regimenter zur Absperrung aufgeboten werden mußten. Der Tag der Ankunft Lindberghs ist in ganz Mexiko zum Nationalfeiertag erklärt worden.

Die Kongreßsitzung in Washington wurde heute mit einem Gebet für das Gelingen des Flugunternehmens Lindberghs eingeleitet. Amerika mißt dem Mexiko-Besuch des Obersten Lindbergh größte Bedeutung für die Wiederherstellung besserer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko zu.

Lindbergh hatte auf seinem Flug mit starken Gegenwinden und Nebel zu kämpfen.

Aus den Provinzen.

+ **Beckum**, 12. Dez. (Ein schweres Autounglück) ereignete sich Sonntag nachmittag auf der Hammer Straße. Als ein Personenkraftwagen einem plötzlich auf die Straße laufenden Kinde ausweichen wollte, fuhr es in eine Gruppe von drei Personen und verletzte diese schwer am Kopfe. Das Kind erlitt leichte Verletzungen. Der Wagen fuhr in den Chausseegraben, hat aber keinen nennenswerten Schaden genommen.

ℱ **Dortmund**, 12. Dez. (Traurige Familienverhältnisse.) Der 60 Jahre alte Schlosser Beckmann hat nach dem Tode seiner ersten Frau vor einiger Zeit eine zweite geheiratet, die um vieles jünger ist als er. Die erwachsenen Söhne Beckmanns haben sich mit ihrer Stiefmutter nicht verstehen gelernt. Es ist öfter zwischen ihnen und der Stiefmutter zu unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen. Besonders der eine Sohn, der Isolierer Alois Beckmann, steht seiner Stiefmutter feindlich gegenüber, so daß er es vorgezogen hat, die elterliche Wohnung mit der seiner verheirateten Schwester zu vertauschen. Wieder einmal suchte Alois Beckmann die elterliche Wohnung auf. Es dauerte gar nicht lange, so geriet er mit seiner Stiefmutter in einen heftigen Wortwechsel. In Wut dabei geraten, zog er ein Messer und stach die Mutter in den Hals, um dann zu fliehen, als die Frau hilferufend zusammenbrach. Während die Frau zum Krankenhaus gebracht wurde, hängte sich der alte Beckmann an einer Türklinke auf. Rechtszeitig bemerkten dies Nachbarn und holten die Polizei herbei, die den des Lebens Überdrüssigen abschnitt und mit Erfolg Wiederbelebungsversuche machte. Die Verletzungen der Frau Beckmann waren nicht gefährlich. Die Frau konnte alsbald wieder aus dem Krankenhause entlassen werden.

Salzkotten, 10. Dez. (Schwerer Motorradunfall.) Der Schuhmachermeister Konrad Nierkämper von hier fuhr gestern mit seinem Motorrade von hier nach Wewelsburg. Auf dem Rückwege erlitt er dadurch einen schweren Motorradunfall, daß ihm ein Hund in das Rad lief. Er kam sehr schwer zu Fall und zog sich einen doppelten Schädelbruch zu.

Vermischtes

* △ **Schulschließung in Treptow wegen Ziegenpeter.** Berlin, 13. Dez. **(Tel.)** Das Hauptgesundheitsamt teilt mit: Im Bezirk Treptow wurde eine Anfängerschulklasse bis zu den Weihnachtsferien geschlossen, da 20 Schüler an Ziegenpeter erkrankten. Die Zugänge an Diphtherie- und Scharlachkranken haben in den letzten Tagen etwas nachgelassen. Zurzeit sind 393 Scharlachkranke und 289 Diphtheriekranke in den städtischen Krankenhäusern.

* △ **Diphtherieerkrankungen in Werder.** Potsdam, 13. Dez. **(Tel.)** Heute vormittag wurde in Werder an der Havel die Schule wegen der zunehmenden Diphtherieerkrankungen geschlossen, anschließend sollen die Ferien beginnen.

* **Folgenschwerer Zusammenstoß.** Jena, 14. Dez. Die hiesige Polizei hatte heute nachmittag bei Einbruch der Dunkelheit im Glashüttenviertel einen schweren Zusammenstoß mit zwei verdächtigen Männern. Während einer von ihnen festgenommen werden konnte, machte der andere von der Schußwaffe Gebrauch und schoß zwei Kriminalpolisisten nieder, von denen der eine sofort tot war. Die Verletzungen des anderen geben zu Bedenken Anlaß. Der Erschossene heißt Heß, der Schwerverletzte Schumann. Ein großes Polizeiaufgebot ist hinter dem Flüchtigen her.

* **Schwere Bluttat bei Posen.** Posen, 14. Dez. In der Ortschaft Borotschin im Kreise Obornik bei Posen tötete ein polnischer Bauer im Streit seine Ehefrau, seinen Schwiegervater und seine Schwiegermutter durch Hammerschläge. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei.

* ℱ **Frecher Straßenraub in Straßburg.** Straßburg, 14 Dez. Heute mittag drangen Räuber in ein hiesiges Juwelengeschäft ein und raubten viele wertvolle Juwelen. Die Räuber konnten unerkannt entkommen. Der Wert der gestohlenen Juwelen wird mit einer Million Franken angegeben.

* **Eine Tiroler Holzschnitzerei niedergebrannt.** Salzburg, 14. Dez. Heute nacht brach in Hallein in der Werkstätte für kirchliche Kunst des Bildhauers Adlhart ein Brand aus, dem ein Nebengebäude sowie Teile des Hauptgebäudes mit vielen Holzvorräten, Modellen und Kunstgegenständen zum Opfer fielen. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich hoch. Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrleute leichte Verletzungen und Rauchvergiftungen.

* △ **Eine verhängnisvolle Folge des Kriegszustandes in Litauen.** Kowno, 14 Dez. Als Folge des in Litauen noch immer bestehenden Kriegszustandes hat sich in der Nacht zum heutigen Mittwoch ein tragischer Fall ereignet. Ein Mann aus dem etwa 25 Kilometer von Kowno entfernten Roterhof kam nachts um 1 Uhr in die Stadt, um einen Arzt zu holen, da seine Frau bei ihrer Niederkunft dringend ärztliche Hilfe benötigte. Die Polizei nahm den Bürger in Haft, da nach den Bestimmungen des Kriegszustandes das Betreten der